Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

220 (20.9.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dupp, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 220 — **Dienstag, den 20. September 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten erhielt die Reichsbankstelle freie Verfügung über ihre Diskontpolitik.

•

Der Verwaltungsrat der BIZ. hat den deutschen Antrag auf Aenderung des Reichsbankgesetzes in der Diskontfrage angenommen.

•

Die Universität Kiel hat der schwedischen Dichterin Selma Lagerlöf den theologischen Ehrendoktor verliehen.

•

Die schwedische Regierung ist nach den Reichstagswahlen zurückgetreten.

*

Der Bericht des Wirtschaftsausschusses der Stresaer Konferenz hat einstimmige Billigung gefunden. Der Wirtschaftsausschuß schlägt dem Studienausschuß der Europäischen Union vor, den empfohlenen Abkommensentwurf zu genehmigen und zu unterzeichnen.

*

Das engere Büro der Abrüstungskonferenz hat beschlossen, die Verhandlungen auch bei einem Fernbleiben Deutschlands fortzusetzen.

Verordnung des Reichspräsidenten zur Aenderung des Reichsbankgesetzes

Berlin, 19. Sept. Der Reichspräsident erläßt auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung, durch die die Bestimmung des Paragraph 29 des Reichsbankgesetzes wonach der Diskontsatz bei Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsgrenze nicht unter 5 Prozent gesenkt werden darf, zunächst **für die Dauer von zwei Jahren außer Kraft gesetzt wird. Damit erhält also die Reichsbank volle freie Verfügung über ihre Diskontpolitik.** Die Verordnung ist bereits im Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Verordnung trägt außer dem Namen des Reichspräsidenten auch die Unterschriften des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers.

*

Freie Diskontsenkung der Reichsbank

Basel, 19. Sept. Der Verwaltungsrat der BIZ. hat den deutschen **Antrag auf Abänderung** des Paragraph 29 Absatz 3 des Reichsbankgesetzes, der vorschreibt, daß eine Diskontsenkung unter 5 Prozent nicht erfolgen darf, solange sich die Golddeckung unter 40 Prozent bewegt, **angenommen.**

Der Völkerbundskommissar von Danzig gestorben

T.U. Danzig, 19. Sept. Der Völkerbundskommissar in Danzig, Graf Manfred Gravina, ist am Montag um 22,20 Uhr im Städtischen Krankenhaus gestorben.

Graf Manfred Gravina.

T.U. **Danzig**, 19. Sept. Graf Manfred Gravina wurde 1883 in Palermo geboren. Seine Mutter war die Tochter Hans von Bülows und der Cosima Liszt. Er trat zunächst bei der Marine und Luftschiffahrt ein und wurde 1906 italienischer Vizekonsul in Schanghai. Von dort aus unternahm er große Reisen und wurde dann Flügeladjutant des Königs von Italien. Von 1919—1922 war er italienischer Marineattache in den skandinavischen Staaten und hat als solcher im Jahre 1920 das erste Abkommen mit Litwinow zur Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Italien und Rußland abgeschlossen. Er wurde außerdem zu verschiedenen politischen Missionen im Auslande verwandt. 1923 trat er aus dem Staatsdienst aus und betätigte sich als politischer und historischer Schriftsteller. Von 1924—1928 war er stellvertretender Delegierter beim Völkerbund und in dessen Auftrage 1925 bereits einmal in Danzig. Am 21. September 1928 wurde Graf Gravina vom Völkerbundsrat als Nachfolger des Kommissars van Hamel als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig ernannt. Im Mai 1931 wurde seine Amtsdauer um drei Jahre verlängert. Die Danziger Bevölkerung hat dem Grafen Gravina stets große Sympathien und Vertrauen entgegengebracht, so daß sein Tod das größte Bedauern auslöst.

Zum Tode Gravinas. — Der Eindruck in Rom.

T.U. **Rom**, 19. Sept. Der Tod des Grafen Gravina wurde in Rom in den späten Nachtstunden bekannt und rief in politischen Kreisen der Hauptstadt tiefstes Bedauern hervor. Man hatte bis zuletzt gehofft, daß die plötzliche Erkrankung des im besten Mannesalter stehenden noch eine Wendung zum Besseren nehmen werde. Die italienische Regierung sah in ihm einen ihrer fähigsten und geachtetsten Diplomaten. Man wußte die ebenso taktvolle wie unbestechliche Art, in der er sein besonders schwieriges Amt als Völkerbundskommissar Danzigs verwaltete, sehr zu schätzen. Deshalb war er auch, obwohl sein Name in letzter Zeit verschiedentlich in Verbindung mit der Besetzung wichtiger Botschafterposten genannt wurde, immer wieder in Danzig belassen worden. Es wird, wie man hier betont, nicht leicht sein, diesen Diplomaten, der Fähigkeit und Vertrauen in gleichem Maße besaß, zu ersetzen.

Der Wortlaut der engl. Antwort

Gleichberechtigung in der Theorie, Ablehnung in der Praxis

Die Uebersetzung eines durch den britischen Botschafter der Reichsregierung überreichten Schreibens über die **Frage der deutschen Gleichberechtigung** lautet:

Der Botschafter beehrt sich, auf Weisung des englischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, folgendes mitzuteilen:

Der Notenwechsel über die Frage der Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Abrüstung, der kürzlich zwischen der deutschen und der französischen Regierung stattgefunden hat, und die Ankündigung des deutschen Delegierten in Genf, daß seine Regierung eine Behandlung dieser Frage für notwendig halte, wenn sie an der Arbeit der Abrüstungskonferenz weiterhin teilnehmen wolle, wirft Fragen von größter Bedeutung für die Zukunft der Abrüstung auf.

Die englische Regierung sieht sich genötigt, zunächst ihr Bedauern darüber zu äußern, daß eine politische Streitfrage von solchem Ausmaße in dem Augenblick auftaucht, wo es doch so nötig wäre, die Aufmerksamkeit und Tatkraft nicht von den gegenwärtigen, so dringend erforderlichen Bemühungen um den Wiederaufbau der Weltwirtschaft abzulenken. **Es ist doch sehr nachteilig, daß die Frage im jetzigen Stadium gewaltsam in den Vordergrund gestellt wird.** Deutschland hat an einer allgemeinen Wirtschaftsdepression und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit gelitten und leidet noch daran; alle Signatarmächte des Vertrages von Versailles haben dies anerkannt; sie haben sich infolgedessen bereit gezeigt, ihre finanziellen Forderungen an Deutschland herabzusetzen und wirklich grundlegend zu revidieren. In diesem Augenblick eine scharfe Kontroverse auf politischem Gebiet zu beginnen, muß angesichts der **wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands als unklug und in Hinsicht auf die Deutschland von seinen Gläubigern erst kürzlich gemachten Zugeständnisse als besonders unzeitgemäß erscheinen.**

Da aber Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung nachdrücklichst angemeldet worden ist und dem Arbeiten der Konferenz ein Hindernis in den Weg zu legen droht, hält die englische Regierung es für angezeigt, sich zu der Frage zu äußern, und einige Anregungen dafür zu geben, wie die Forderung behandelt werden könne. Zunächst muß Klarheit darüber herrschen, um was es bei dieser Forderung geht und wie die gegenwärtige Vertragslage ist.

Die Regierung kann nicht einer Mißachtung vertraglicher Verpflichtungen Unterstützung gewähren oder moralischen Beistand leisten. Die These, Deutschland könne aus irgend einem künftigen Abrüstungsabkommen oder der Tatsache, daß überhaupt kein Abkommen zustande kommt, einen Rechtsanspruch auf Abschaffung des Teiles 5 des Vertrages von Versailles ableiten, läßt sich nicht als rechtlich zulässige Auslegung des Versailler Vertrags vertreten.

Aus dem Vertrag von Versailles geht hervor, daß die alliierten Mächte im Auge hatten, die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen. Es ist aber etwas ganz anderes, ob der Zweck oder das Ziel einer Vertragsabmachung angegeben oder die erfolgreiche Erreichung dieses Zieles zu einer Bedingung für die Vertragsabrede gemacht wird. Noch weniger ist es möglich, zu dem Schluß zu gelangen, die Art, in der eine Abrüstungsbeschränkung erreicht werden soll, müsse genau dieselbe sein, wie die Art, in der Deutschlands Rüstungen beschränkt worden sind.

Die englische Regierung ist nicht der Auffassung, daß die von Deutschland aufgestellte These eine spitzfindige juristische Deduktion aus dem Wortlaut des Versailler Vertrages ist. Es ist wohl eher das Verlangen, einen Ausgleich herbeizuführen, der sich auf die Tatsache stützt, daß die Beschränkung der deutschen Rüstungen als Vorläufer einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung der anderen gedacht und verkündet wurde. Die Regierung leugnet diese Tatsache nicht und hat seit 1919 weitgehende Herabsetzungen des Rüstungswesens vorgenommen und arbeitet in Genf aufrichtig daran mit, weitere Abrüstungsmaßnahmen, die sämtlich in der Richtung eines weitgehenden Ausgleiches liegen, zu fördern wie nur irgend möglich.

Die englische Regierung hegt die Hoffnung, daß in Genf trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten, **eine weltumfassende Vereinbarung zustandezubringen, doch eine Abrüstung in wirklich bedeutsamem Ausmaße erreicht werden möge,** wobei jede Nation sich zu einer genau innezuhaltenden Einschränkung ihrer Kriegswaffen sowohl der Art wie der Menge nach verpflichten würde. Ein solches Ergebnis kann nur dann erzielt werden, wenn **auf die Bedürfnisse, wie auf die Gefühle aller 64 beteiligten Staaten die gebührende Rücksicht genommen wird.** Das anzustrebende Ziel ist bei den stark gerüsteten Mächten die größtmögliche Herabsetzung und bei den schwachgerüsteten Staaten jedenfalls keine materielle Vermehrung. Es wäre wirklich ein tragischer Widersinn, wenn das Ergebnis der ersten Abrüstungskonferenz bei irgend einem Staat eine Vermehrung der Rüstungen und eine tatsächliche Wiederaufrüstung wäre. Die Regierung des Vereinigten Königsreiches sieht deshalb den Zweck der Konferenz darin **ein Abrüstungsabkommen auszuarbeiten, das auf dem Grundsatz beruht, daß jeder Staat im Einvernehmen mit den anderen eine Beschränkung auf sich nimmt,** die er sich selbst auferlegt und als einen Teil der gegenseitigen Verpflichtungen der Signataristaaten freiwillig übernimmt. Die Folge des Abkommens wird mithin sein, daß keinerlei Unterschied der Rechtslage mehr besteht: Die Rüstungen eines jeden Staates werden durch den gleichen Prozeß kontrolliert und die durch bestehende Verträge — wie die verschiedenen Friedensverträge von Washington und London — bereits vorgeschriebenen Beschränkungen werden, soweit sie nicht im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert sind, in dem freiwilligen, umfassenden Pakt, der in Genf ausgehandelt werden soll, wieder in Erscheinung treten. Diese letztgenannte Urkunde wird dann die für alle bindende, wirksame Verpflichtung darstellen.

Die **Frage der Gleichberechtigung,** die mit der Frage der Ziffern nicht zu verwechseln ist, birgt in sich Erwägungen des Nationalstolzes und der nationalen Würde, die tief ans Herz eines Volkes greifen und einem Groll Nahrung geben, der sonst verschwinden und freundlicheren Gefühlen Platz machen würde. Im Interesse der allgemeinen Befriedung ist deshalb sehr zu wünschen, daß alle solche Fragen durch **freundschaftliche Verhandlungen und vereinbarte Ausgleichsmaßnahmen** erledigt werden, ohne daß dabei vertragliche Verpflichtungen mißachtet oder die Gesamtziffer der bewaffneten Macht erhöht würde. Aber dieses **wünschenswerte Ziel läßt sich nicht durch eine befristete Herausforderung und auch nicht dadurch erreichen, daß man sich von Beratungen zurückzieht, die gerade wieder aufgenommen werden sollen. Es läßt sich nur erreichen durch geduldige Erörterung im Wege einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten.**

*

Der Eindruck in Berlin

Unannehmbar!

Die englische Denkschrift zur Abrüstungsfrage und zur deutschen Forderung der Wehrgleichberechtigung, die am Sonntag nachmittag dem Reichsaußenminister durch den englischen Botschafter in Berlin übergeben wurde, wird in hiesigen politischen Kreisen **außerordentlich ernst beurteilt,** da die englische Politik in ihr ganz offensichtlich als **Sekundant Frankreichs** auftritt. Das schroffe „unmöglich, niemals", das Herriot am Samstag vor dem Auswärtigen Ausschuß des französischen Senats der deutschen Gleichberechtigungsforderung entgegensetzte, macht sich zwar die englische Denkschrift nicht zu eigen; man kann sie aber dennoch **nicht als den brauchbaren Versuch einer Vermittlung zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt brauchen.** Dazu geht sie zu sehr den französischen Gedankengängen nach und schlägt gegen die deutsche Reichsregierung einen Ton an, den man zum mindesten als schulmeisterlich bezeichnen muß.

Was die englische Regierung in ihrer Denkschrift Deutschland anbietet ist nichts weiter als die **Anerkennung einer theoretischen Gleichberechtigung** mit der strengen Auflage, daß es von dieser Gleichberechtigung unter keinen Umständen einen praktischen Gebrauch macht. Mit einer derartigen Begriffsakrobatik ist Deutschland natürlich nicht gedient. In der Auslegung des Teils 5 des Versailler Vertrages, der Deutschland zur Entwaffnung gezwungen und zugleich ausgesprochen hat, daß der Abrüstung Deutschlands die der anderen Mächte folgen solle, stellt sich die englische Denkschrift ganz auf den französischen Standpunkt, indem sie **spitzfindig darlegt, daß im Versailler Vertrag die allgemeine Abrüstung lediglich als ein Ziel aufgezeigt werde, daß aber Deutschland daraus keinerlei Rechte ableiten und aus der Nichtabrüstung der anderen infolgedessen keine Folgerungen ziehen könne.** Der englischen Diplomatie ist das Mißgeschick zugestoßen, daß in dem Augenblick der Veröffentlichung der Denkschrift der berufenste Kommentator der Abrüstungsvorschriften des Versailler Vertrages, ihr Mitverfasser, der damalige englische Erste Minister Lloyd-George in einem Zeitungsartikel rund heraus erklärt: **„Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben"** Gegenüber dieser Feststellung verblaßt die juristische Beweisführung der Denkschrift. England will nach der Auffassung Berliner zuständiger Stellen Deutschland unter allen Umständen an den Verhandlungstisch nach Genf zwingen, um ihr Scheitern zu verhüten.

Bei der Abfassung der Denkschrift hat Ministerpräsident Macdonald, der den deutschen Rüstungsstandpunkt wiederholt anerkannt hat, zweifellos unter dem Einfluß Hendersons, des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, gestanden, aber auch unter dem Druck des Außenministers Sir John Simon, der ein eifriger Parteigänger der französischen Politik ist. Ausschlaggebend ist aber die Befürchtung gewesen, daß ein Scheitern der Abrüstungskonferenz zu Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten führen muß, die damit einen wirtschaftlichen und politischen Rückzug aus Europa begründen könnten. Um das zu verhüten, hat die englische Politik geglaubt, ihren Druck an der schwächsten Stelle, nämlich auf Deutschland, ausüben zu sollen.

Ein Kompromiß in der Form, wie es die englische Denkschrift vorschlägt, hält man in Berliner politischen Kreisen für unannehmbar. Vor der Tagung der Völkerbundsversammlung, an der Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnehmen wird, wird die englische Denkschrift voraussichtlich nicht mehr beantwortet werden.

Blätterstimmen zur englischen Denkschrift

Die **Germania** führt aus, wenn die englische Regierung glaubt, uns mit dieser Methode an den Genfer Konferenztisch zurückzwingen zu können, so täuscht sie sich über die Ernsthaftigkeit des deutschen Gleichberechtigungswillens und der Distanzerklärung, der soeben die Tat gefolgt ist. Der Kompromißvorschlag, den man von englischer Seite erwartete, stellt sich in Wahrheit als eine volle Unterstützung des französischen Standpunktes dar.

Das **Berliner Tageblatt** unterstreicht seinen Standpunkt, daß es hinter der Reichsregierung steht, wenn sie die Anerkennung einer Gleichberechtigung und eine wirklich effektive allgemeine Abrüstung verlangt.

Der **Abend** macht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie sich in eine Isolierung gebracht habe.

Der **Angriff** bezeichnet diese schroffe Absage der englischen Regierung bedauerlich und fordert eine wirklich nationale Volksregierung.

Die **Deutsche Allgemeine Zeitung** bezeichnet den Ton der Note als unerträglich. Unter Hinweis auf die Herriot-Rede sagt das Blatt, das Ausland ziehe die Requisiten unserer Knechtschaft aus der Rumpelkammer hervor.

Der **Lokalanzeiger** spricht von aberwichtigen, juristischen Sticheleien und einer Rabulistik, eines Poincare würdig.

Die **Deutsche Tageszeitung** nennt die deutsche Gleichberechtigungsaktion, soweit sie eine Zustimmung Frankreichs und Englands zu den deutschen Absichten herbeiführen sollte, zunächst gescheitert.

*

Londoner Stimmen

London, 19. Sept. Die britische Denkschrift über die deutsche Gleichberechtigungsforderung wird von der gesamten Presse eingehend besprochen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Tlegraph" schreibt: Wenn Deutschland wieder an den Sitzungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen soll, dann ist es notwendig, daß Frankreich den im fünften Abschnitt der britischen Erklärung enthaltenen Ansichten über Deutschlands künftige Rechtsstellung und über eine ernstliche Verminderung der Rüstungen zustimme.

Der liberale **„News Chronicle"** führt aus: Die britische Regierung fordert Deutschland mit Recht auf, zur Konferenz zurückzukehren, aber um diesen Aufruf wirksamer zu machen, und um es den verantwortlichen deutschen Staatsmännern überhaupt zu ermöglichen, darauf zu hören, müßten ihnen irgendwelche Sicherheiten dafür gegeben werden, und daß Deutschland bei seiner Rückkehr sicher sein darf, daß eine wirklich beträchtliche Rüstungsverminderung stattfinden wird.

Das Arbeiterblatt **„Daily Herald"** sagt, die deutsche Vertretung habe während der bisherigen Sitzungen der Abrüstungskonferenz wiederholt, aber vergeblich versucht, diese hochwichtigen Fragen aufzurollen. Es sei vielleicht bedauerlich, aber mindestens zu verstehen, daß die deutsche Regierung schließlich die Geduld verloren habe.

Die **„Times"** bedauert in einem Leitartikel, daß das Schriftstück des britischen Außenamtes offenbar abgefaßt worden sei, bevor die deutsche Regierung ihren Beschluß sich auf der Sitzung des Abrüstungsbüros nicht vertreten zu lassen, veröffentlicht habe. Es sei zu befürchten, daß die Aussicht auf eine Aenderung dieses Beschlusses jetzt verringert worden sei. In England wird so gut wie jedermann der Ansicht sein — und die britische Regierung ist dieser Ansicht —, daß der deutsche Anspruch auf Gleichheit der Rechtsstellung im wesentlichen gut begründet ist. Die anderen Regierungen sollten sich so bald wie möglich darüber klar werden, was sie zu tun gedenken, wenn Deutschland aufrüsten sollte. Es ist unzweifelhaft ein Grund zur Erbitterung für eine souveräne Nation, daß ihr nicht erlaubt ist, beispielsweise ein einziges schweres Geschütz oder einen einzigen kleinen Tank zu bauen.

*

Die englische Erklärung. — Ein psychologischer Mißgriff-Kritik in Londoner Kreisen.

T.U. **London**, 19. Sept. In Londoner Kreisen beginnt die Erkenntnis zu dämmern, daß die Erklärung der englischen Regierung ein psychologischer Mißgriff sei, soweit die deutsche öffentliche Meinung in Frage kommt. Durch die Verlautbarung sollte diese für eine Wiederteilnahme Deutschlands an den Abrüstungsverhandlungen gefügiger gemacht werden, während die scharfe Kritik an dem deutschen Vorgehen natürlich gerade das Gegenteil bewirkt. Es wird ferner in London kritisch bemerkt, daß die englische Regierung sich entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit durch ihre rechtlichen Erörterungen über den Teil V des Versailler Vertrages unnötigerweise festgelegt habe, während die deutsche Denkschrift derartige juristische Beweisführungen gar nicht nötig mache. Um so mehr suchen die englischen Stellen nunmehr auf die deutsche Oeffentlichkeit in dem Sinne einzuwirken, daß die praktischen Vorschläge im letzten Teil der englischen Erklärung einer genauen Beachtung wert seien, da sie unzweifelhaft der deutschen Politik den Wiederanschluß an die Abrüstungsverhandlungen ermöglichten. Es wird darauf hingewiesen, daß der deutsche Anspruch auf theoretische Gleichberechtigung eigentlich völlig anerkannt sei, daß dessen Verwirklichung aber die Mitarbeit Deutschlands unbedingt erfordere.

In diplomatischen Kreisen wird betont, daß die englische Meinungsäußerung eine Reihe von wichtigen Zugeständnissen wie die Möglichkeit zur Umbildung der Armee, die Ausrüstung mit bisher Deutschland untersagten Waffengattungen bis zu einem gewissen Grade enthalte und vor allem die Forderung nach wertvoller Abrüstung erhebe. Diese Punkte seien von bleibendem Wert, da man die englische Politik später darauf festnageln könne.

*

Herriot verspricht sich einen günstigen Einfluß der englischen Erklärung auf die deutsche öffentliche Meinung.

T.U. **Paris**, 19. Sept. In der Besprechung mit Pressevertretern hat Herriot seiner kurzen Erklärung vom Montag vormittag ergänzend hinzugefügt, daß die britische amtliche Verlautbarung seiner Meinung nach einen günstigen Einfluß auf die deutsche öffentliche Meinung ausüben könne. Man solle die Note wirken lassen, ohne den Eindruck durch vorzeitige Meinungsäußerungen zu stören.

*

„Die deutsche Gleichberechtigungsforderung eine rein europäische Angelegenheit"

Amerika lehnt Einmischung ab.

T.U. **Washington**, 19. Sept. Hohe Beamte des Staatsdepartements erklärten, daß der Streit um die deutsche Gleichberechtigungsforderung eine rein europäische Angelegenheit sei und daß die amerikanische Regierung eine Einmischung ablehne. Stimson lehnte jede Erklärung ab sowohl über die englische Stellungnahme als auch über den Inhalt der Montagsbesprechung zwischen Herriot, Edge und Reed. Der Staatssekretär betonte lediglich, daß Edge keine Anweisungen bezüglich der amerikanischen Haltung gegenüber der deutschen Forderung erhalten habe. Reed habe zurzeit keinen Auftrag, über Abrüstungsfragen zu verhandeln. In hohen amerikanischen Kreisen wird immer wieder betont, daß sich das amerikanische Interesse in Europa auf die Abrüstung beschränke. Die amerikanische Regierung lehne es ab, in internationale Manöver verwickelt zu werden.

*

Hendersons Schreiben zur Abrüstungsfrage

Genf, 19. Sept. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat die ausführlich begründete Mitteilung der Reichsregierung vom 14. September, durch die die Reichsregierung kund gab, daß sie an der Bürotagung der Abrüstungskonferenz nicht teilnehme, mit einem langen Schreiben beantwortet.

Henderson erklärt, daß er den Beschluß der deutschen Regierung bedauere und versucht die Entschließung der Abrüstungskonferenz dahin zu rechtfertigen, daß diese Resolution noch keine endgültige Vorentscheidung für die Abrüstung schaffe. Ohne dem Versailler Vertrag nahe zu treten, erklärt Henderson, daß die Auslegung der deutschen Regierung über den Teil 5 dieses Vertrages unrichtig sei. Henderson wünscht aufrichtig, daß Deutschland sich wieder an den Arbeiten der Konferenz beteiligt, da durch die Abwesenheit Deutschlands die Sache der Abrüstung gefährdet sei.

Die Aufnahme des Henderson-Schreibens in Berlin.

T.U. **Berlin**, 19. Sept. In der Regierung nahestehenden Kreisen ist das Schreiben des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, insofern nicht ungünstig aufgenommen worden, als der Brief den persönlichen Stempel Hendersons trägt und durchaus freundlich gehalten ist. Allerdings wird der amtliche Optimismus des Präsidenten der Abrüstungskonferenz nicht geteilt, da leider nicht anzunehmen ist, daß andere Staaten auf den Stand der für Deutschland geltenden Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages abrüsten werden. Bemerkenswert ist der Hinweis Hendersons, daß er nicht wieder nach Genf kommen werde, wenn nicht in der zweiten Phase der Abrüstungskonferenz praktische Ergebnisse erzielt würden. Auf diese praktischen Ergebnisse, die ein Aufhören der Diskriminierung Deutschlands zur Grundvoraussetzung haben, kommt es auch der Reichsregierung an, die die Weiterentwicklung der Verhandlungen in Genf aufmerksam beobachtet.

*

Herriot will angeblich den Abrüstungsvorschlag Hoovers plötzlich annehmen

T.U. **Paris**, 19. Sept. Wie von zuverlässiger amerikanischer Seite verlautet, soll der heutigen Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot, Kriegsminister Paul Boncour, Senator Reed und Botschafter Edge angeblich geradezu „sensationelle Bedeutung" zukommen. Herriot habe sich nämlich bereiterklärt, den Abrüstungsvorschlag des Präsidenten Hoover für Freitag anzunehmen. Wie diese Annahme gedacht ist, muß allerdings dahingestellt bleiben. Der französische Ministerpräsident stelle sich, so heißt es weiter, auf den Standpunkt, daß sowohl die deutschen Wehrverbände wie die italienische Miliz bei der Berechnung der Heeresstärken in irgendeiner Form, d. h. wenigstens zu einem gewissen Prozentsatz mitgezählt werden müßten. Dabei stoße er auf amerikanischer Seite auf keinen erheblichen Widerstand. Was die Luftrüstungen anbelange, so halte Frankreich durch den Mund Herriots an der Internationalisierung der zivilen Verkehrs- und Handelsfliegerei fest. Man sei beiderseits bestrebt, alles zu tun, um der Abrüstungskonferenz zu einem möglichst raschen Erfolge zu verhelfen. Man wird genauere Nachrichten abwarten müssen, um diesen französischen Schritt, sollte er wirklich in dieser Weise erfolgt sein, auf seine praktische Bedeutung zu prüfen. Der Zweck dürfte auch hier wiederum sein, Deutschland mit allen nur erdenklichen Mitteln wieder an den Genfer Verhandlungstisch zu bringen.

*

Ein Schreiben Herriots an Senator Borah?

Paris, 19. Sept. „Chicago Tribune" will erfahren haben, daß Herriot ein herzlich gehaltenes Schreiben an den Senator Borah gerichtet habe, **um Amerikas Unterstützung für den französischen Standpunkt in der Rüstungsfrage zu gewinnen.** Herriot führte in dem Schreiben aus, daß Frankreich hinter Hoovers Abrüstungsplan stehe und auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Genf hoffe. Man vermutet, daß Herriot unter der Hand **eine Art Unterstützungszusage von Amerika erhalten habe,** die es gestatten würde, Hoovers Plan durchzudrücken.

Gründung eines „Deutschen Nationalvereins"

Berlin, 19. Sept. Auf einem von etwa 100 geladenen Teilnehmern aus allen Berufskreisen besuchten Vertretertag wurde die Gründung des „Deutschen Nationalvereins" beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus Oberregierungsrat Dr. Wildermuth-Berlin als Vorsitzenden, Graf zu Dohna-Bonn und Rechtsanwalt Ziebill-Königsberg i. Pr., Stellvertreter; Wilamowitz-Möllendorf-Berlin und Oberbürgermeister Blüther-Dresden. Die Gründungsversammlung hat einstimmig einen Aufruf erlassen, in dem der Deutsche Nationalverein sich an alle Deutschen wendet, die sich heute politisch heimatlos fühlen und in dem u. a. ausgeführt wird:

Wir wollen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung und Mitverantwortung ermöglichen. Wir wollen durch Anpassung des Weimarer Verfassungswerkes an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zur Verfassungsehrlichkeit zurück. Wir wollen, daß Deutschland frei sei. Deutschland hat ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgezwungenen Verträge. Wir wollen, daß wieder die Achtung vor der ehrlichen Meinung, vor der religiösen Ueberzeugung in Deutschland selbstverständlich sei und daß die wichtigen Grundlagen unserer Kultur erhalten bleiben. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechtes erhalten bleiben. Wir wollen eine Bauernsiedlung nach nationalen Gesichtspunkten. Wir wollen den Ausgleich der Interessen in Handels- und Agrarpolitik und lehnen die Autarkie ab.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

21)

Der Pfad war so schmal, daß sie sich eng an die Felsen schmiegen mußten. Tief unten zog sich der Wald mit einem nur wenige Meter breiten Mattengürtel hin. Und aus noch größerer Tiefe klang das ferne Rauschen des Kaiserbaches herauf, den man von hier aus jedoch nicht sehen konnte.

„Willst Aufnahme machen?" fragte Kerkhoff, auf den Apparat in Ursulas Händen zeigend.

Sie nickte bejahend, und den Kopf trotzig in den Nacken werfend: „Nicht nur Aufnahmen, sondern auch ein paar Touren: Ellmauer Halt, Scheffauer."

Kerkhoff zog die Brauen hoch.

„Nimm dir nicht zuviel vor, Mädi!" In seiner Stimme zitterte Sorge.

Die Blonde beruhigte ihn.

„Fleischbank-Ostwand kommt nicht in Frage."

Kerkhoff hatte einen Einfall. Den Arm wie schützend um die schmalen Hüften des Mädchens legend, schlug er begeistert vor: „Ich will dein Führer sein! Ursula — möchtest du dich mir anvertrauen?"

Als nicht gleich Antwort kam, versicherte er: „Ich kenne alle Gipfel des Wilden Kaisers, ich habe sogar die schweren Wände bezwungen."

Ursula wich einer direkten Antwort aus.

„Ich will mir's überlegen. Wir sprechen noch darüber. Wohnst du auch in Griesenau?"

Kerkhoff war einstweilen schon mit der Hoffnung zufrieden.

„Gut ich erwarte dich heute noch unten im Gasthof."

Das blonde Mädel drängte an ihm vorüber. Er gab den Pfad nicht frei.

„Geh nicht weiter, hier ist Gefahrenzone, Steinschlag." Das war eine Lüge, doch gut gemeint. Kerkhoff wollte Ursula die Enttäuschung ersparen, die sie weiter oben erwartete, wenn sie Vidor und Toni sah.

Ursula setzte ihren Willen durch.

„Ich muß hinauf!"

„Behüt dich Gott, Ursula!"

Sie nickte ihm dankbar zu, setzte dann ihren Weg fort. Die Beleuchtung der steinernen Riesen war um diese Zeit selten gut. Es gab wundervolle Licht- und Schattenkontraste.

Als Ursula Josephy schon ein ganzes Stück fort war, wollte ihr Kerkhoff noch nachrufen, daß er sie unten am Fuße der Wand erwarte. Er unterließ es, um das Mädel durch seinen Anruf auf dem schmalen Gemssteig nicht zu erschrecken. Aber dann lag er unten auf dem weichen Gras im Schatten des überhängenden Felsens und wartete geduldig auf Ursulas Rückkehr. Er verzehrte seinen mitgenommenen Proviant und vertiefte sich, da ihm nichts Besseres einfiel, in die Lektüre eines Alpenromans. Von Zeit zu Zeit sah er auf, blinzelte in die Sonne, die wie ein goldenes Band auf der Bergwiese lag, und lauschte dem geheimnisreichen Rauschen des hinter Bergwäldern fließenden unsichtbaren Baches.

Die Welt war schön!

Das stand unzweifelhaft fest. Die Welt könnte ein Paradies mit tausend Herrlichkeiten sein, wenn — ja, wenn die Menschen nicht wären . . .

Ein Paradies ohne Menschen — was wäre das? Eine Einöde. Nein, so meinte es Kerkhoff nicht. Menschen, ja, die mußten natürlich da sein, aber ohne ihre häßlichsten Eigenschaften: ohne Haß und Neid, ohne Gier und Verrat, ohne all die entsetzlichen, zerstörenden Leidenschaften, die dazu beitrugen, Gottes schöne Welt in eine abgrundtiefe Hölle zu verwandeln.

Der Sinnende folgerte weiter, überrumpelt von der Schönheit und Einsamkeit dieser Hochgebirgsstunde: Wie er sich in dieser idealisierten Welt sein Leben einrichten würde.

Aber das bedurfte keiner Frage! Selbstverständlich mit Ursula auf irgendeinem Berg eine Blockhütte beziehen, dort als Höhenmenschen hausen, fernab vom Getriebe der dunklen Täler. Schon die Freude war unausdenkbar: Frühmorgens eine Stunde eher die Sonne zu haben, abends eine Stunde länger, als die Artgenossen in den Niederungen!

Und das Schönste: Mit Ursula vereint — —

In diesem Augenblick zerriß ein markerschütternder Schrei die Stille der Natur, zerfetzte den friedlichen Gedankengang des Bergwanderers, daß er entsetzt auffuhr, mit übermäßig geweiteten Augen auf die Stelle starrte, wo etwas Dunkles, Wehendes aufschlug.

Sekundenlang wurde Eberhard Kerkhoff von einem unmännlichen Zittern beherrscht, von einer Lähmung, wie er sie noch nie gekannt hatte.

Dann Worte — gestammelte Worte: „Mein Gott — — ein Mensch abgestürzt!"

Mit wankenden Knien stolperte er die paar Meter seitwärts zu der Stelle, wo der Verunglückte lag.

Da geschah das Wunder: Der Mensch erhob sich ohne fremde Hilfe — — Kerkhoff sah staunend, daß es eine Frau war — — kam auf den Hilfsbereiten zu, sank ihm schwer in die gebreiteten Arme, schluchzte hell auf — —

Der Helfer fühlte sich schwächer, als die Hilfsbedürftige.

Der Duft dieses blonden Haares, der feine Schnitt des ebenmäßigen Gesichtes — — Herrgott, im Himmel — das alles kannte er doch so gut, vor einer Stunde kaum geschaut!

Der Name dieser Frau lag ihm auf der Zunge, und doch kostete es so unausdenkbare Anstrengung, ihn auszusprechen!

„Ursula . . ."

Ihre Herzen schlugen in einem jagenden, wilden Rhythmus. Schwer hing Ursula Josephy in den Armen des Mannes. Ihre Hände hatten sich in seine Schultern verkrallt, wie die eines Felsgehers, der den Tod erschauernd unter sich sieht, in das Gestein.

Der Mann fand sich zuerst zurück aus zermürbendem Schreck in die Wirklichkeit. Wortlos tasteten seine Hände über den Rücken der Abgestürzten. Sie fanden keine Verletzung, keinen zersplitterten Knochen. Ein Wunder war geschehen: Aus der Wand stürzend, hatte Ursula weichen Rasen beim Aufschlag gefunden! Das war klar. Weniger begreiflich und nachweisbar: Ursulas Schutzengel hatte seine Fittiche unter die Fallende gebreitet.

„Ursel — — Kind — —"

Die namenlose Zärtlichkeit, mit der diese Worte gestammelt waren, hauchte der Verunglückten neues Leben ein. Ihre Gelenke wurden wieder federnd, ihr Kopf klar.

„Komm, Eberhard — — hinab!" hastete sie hervor, sich seinen schützenden Armen entziehend.

Kerkhoff deutete auf die Absturzstelle, sein Blick ging aufwärts.

„Wie kam das?"

Ursula setzte sich schon in Marsch. Offenbar konnte und wollte sie die Wand nicht mehr sehen.

„Komm hinab!" Das klang beharrlich, keinen Widerspruch duldend.

Da gab es der Bergsteiger vorläufig auf, in sie zu dringen. Die Kamera Ursulas in seinem Rucksack verstauend, folgte er der über den Mattengürtel Eilenden. Ursula schlug ein wahnsinniges Tempo an. Wie gehetzt floh sie von der Stätte des Unglücks. Vergebens stellte ihr Begleiter die Frage: „Was ist passiert?"

XIII

„Jetzt gehe ich nach Griesenau hinunter und hole eine Flasche Enzian!"

So lautete Vidors jäh gefaßter Entschluß, den selbst seine neue Freundin nicht umzustoßen vermochte.

„Ich muß ohnedies einmal mein Salzburger Büro anrufen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Bis ein Uhr bin ich zurück. Du kannst inzwischen ein frugales Mahl bereiten."

Er zog das Sportjackett über das Hemd, drückte den Hut auf das schwarz glänzende Haar und schritt mit einem Juchzer hinab zum Gemssteig, der schon wenige Meter hinter dem Hochwaldstreifen begann. Toni Geislinger sah ihm mit einiger Besorgnis nach.

„Wenn das nur gut abgeht!" seufzte sie, in die Hütte tretend. Vor weniger als einer Stunde erst hatte sie Kerkhoff da unten gesehen. Wäre es so undenkbar, daß er dem Rivalen auflauerte, daß es zu einer Szene kommen konnte, die in diesem Gelände gefährlich werden mußte?

(Fortsetzung folgt.)